

Niederschrift

Gremium:	Haupt- und Finanzausschuss
Sitzung:	3. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung (HF/2007/003)
Sitzungsdatum:	Mittwoch, 14.03.2007
Sitzungsort:	großer Sitzungssaal des Rathauses, 1. Etage, Zimmer 137
Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr	Ende der Sitzung: 23:50 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende(r)

Büter, Felix

CDU

Benölken, Franz
Haget, Bernhard

anwesend während TOP 3 öff. Sitzung (19.50 -
22.45 Uhr)

Levi, Birgit
Mensing, Robert
Nünning, Manfred
Schmeing, Aloys
Schnell, Bernhard
Vortkamp, Thomas
Weuthen, Franz Josef
Witte, Josef

SPD

Böing, Josef
Dönnebrink, Andreas
Lambers, Klaus

Vertretung für Frau Mathilde Fischer

UWG

Homann, Dieter
Kersting, Hubert

ab TOP 3 öffentliche Sitzung (19.10 Uhr)

Bündnis 90/Die Grünen

Eisele, Dietmar

FDP

Horst, Reinhard

Beratende Mitglieder gem. § 58 Abs. 1 Gemeindeordnung NRW

Frankemölle, Norbert

Verwaltung

Althoff, Hans-Georg

Büscher, Hermann

Kühlkamp, Hermann

Rose, Norbert

Thesing, Johannes

Schritfführer(in)

Leuker, Werner

es fehlen entschuldigt:

SPD

Fischer, Mathilde

Tagesordnung:

A. Öffentliche Sitzung

- 1 Genehmigung der Niederschrift über die 2. öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 30. Januar 2006

- 2 Bestellung einer/s stellvertretenden Schritfführers/in für den Haupt- und Finanzausschuss

- 3 Beratung des Haushaltsplanentwurfs mit Anlagen für das Jahr 2007 (u.a. 3 Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -s. Anlagen-)

Bürgermeister Büter begrüßt die Ausschussmitglieder und Herrn Grothues von der Münsterland-Zeitung. Persönlich begrüßt er Professor Dr. Hufnagel vom Westfälischen Studieninstitut Münster, der den NKF-Prozess bei der Stadt Ahaus während der letzten zwei Jahre intensiv begleitet hat.

A. Öffentliche Sitzung

- 1 Genehmigung der Niederschrift über die 2. öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 30. Januar 2006**
-

Gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 30.

Januar 2006 erhebt sich kein Widerspruch. Damit ist die Niederschrift genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

2 Bestellung einer/s stellvertretenden Schriftführers/in für den Haupt- und Finanzausschuss

Der Haupt- und Finanzausschuss bestellt gem. § 58 Abs. 2 i.V.m. § 52 Abs. 1 GO NRW Frau Doris Sälker zur stellvertretenden Schriftführerin.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

3 Beratung des Haushaltsplanentwurfs mit Anlagen für das Jahr 2007 (u.a. 3 Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -s. Anlagen-)

Der Kämmerer und Erste Beigeordnete Althoff hat den Entwurf des neuen NKF-Haushaltes in der Sitzung des Rates am 6. Februar 2007 eingebracht. Der Entwurf der Haushaltssatzung 2007 und seinen Anlagen liegt seit dem 12. Februar 2007 bis zum Abschluss des Beratungsverfahrens im Rat öffentlich aus. Gleichzeitig steht er im Internet auf der Homepage der Stadt Ahaus www.ahaus.de zur öffentlichen Einsichtnahme zur Verfügung. Einwendungen, die innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Beginn der Auslegung erhoben werden können, sind nicht eingegangen.

Professor Dr. Hufnagel zeigt sich sehr zufrieden mit der zweijährigen Projektarbeit und mit den Ergebnissen zur Erstellung des ersten NKF-Haushaltes der Stadt Ahaus. Er weist auf die umfassenden Neuerungen und auf die vollkommen neue Lesart des Haushaltsplanes beim Wechsel vom kameralen auf den doppischen NKF-Haushalt hin.

Auf Vorschlag des Bürgermeisters wird der Haushalt jetzt Seitenweise beraten.

Ratsmitglied Horst (FDP-Fraktion) bittet zukünftig bei den statistischen Angaben auch die demographische Entwicklung zu berücksichtigen. Die Verwaltung sagt zu, dies bereits im entgeltigen Haushaltsplan 2007 einzufügen.

Bürgermeister Büter erklärt, dass die mit dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragte Diskussion über die Ziele der einzelnen Produkte verfrüht sei. Für den ersten NKF-Haushalt seien bewusst sehr allgemein gehaltene Ziele formuliert worden. Eine Konkretisierung sei erst anlässlich der Beratung des Haushaltes 2008 sinnvoll. Bürgermeister Büter schlägt daher vor, dass die Verwaltung im Verlaufe des Jahres für die Beratung des Haushaltes 2008 eine verfeinerte Zielformulierung vorbereitet. Die übrigen Fraktionen unterstützen diesen Vorschlag und bitten, die Zieldiskussion um 1 Jahr zu verschieben. Fraktionsvorsitzender Eisele (Bündnis 90/Die Grünen) ist mit den aufgeführten Zielen grundsätzlich einverstanden und erklärt sich damit einverstanden, dass die Beratung von Zielen im Rahmen der Beratung zum Haushalt 2008 fortgesetzt werden soll.

Übereinstimmend bitten alle Fraktionen die Verwaltung um eine dezidiere Erläuterung auf Produktgruppenebene, um die nötigen Informationen für die politische Beratung zu erhalten. Bürgermeister Büter weist grundsätzlich darauf hin, dass der Rat beim Neuen Kommunalen Finanzmanagement, vergleichbar einem Aufsichtsrat, stärker als bislang strategisch-operationale Steuerungsfunktionen hat. Professor Dr. Hufnagel bittet um Verständnis für den

eher geringen Erläuterungsumfang für den ersten Haushalt und befürwortet eine höhere Detaildichte auf Produktgruppenebene für die folgenden Haushalte.

Die Verwaltung werde nach Aussage des Ersten Beigeordneten Althoff bereits im ersten Budgetbericht, der im zweiten Halbjahr 2007 zur Verfügung stehen soll, sowie auch für den Haushalt des Jahres 2008 nähere Erläuterungen auf Produktgruppenebene vorbereiten. Als Ansprechpersonen für weitere Erläuterungen zum Haushalt und zum Neuen Kommunalen Finanzmanagement stünden innerhalb der Verwaltung Herr Büscher und Herr Rose von der Kämmerei zur Verfügung.

Hierüber lässt Bürgermeister Büter abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Die Fraktion Bündnis 90 die Grünen hat ferner beantragt, dass die Verwaltung die Auswirkungen der Kürzungen und Umschichtungen der Landeszuweisungen auf den Haushalt der Stadt Ahaus erläutern solle. Erster Beigeordneter Althoff führt hierzu aus, dass zurzeit nur die Auswirkungen der veränderten Krankenhausfinanzierung detailliert beziffert werden können. Hierzu werde er bei der Beratung des Budgets 07.01 nähere Erläuterungen geben. Alle übrigen Auswirkungen lassen sich gegenwärtig noch nicht exakt darstellen. Mit dieser Erläuterung erklärt sich der Ausschuss einverstanden.

Budget 01.01 Innere Verwaltung – Politische Gremien (Seiten 107/108)

Fraktionsvorsitzender Homann (UWG-Fraktion) kritisiert die für den 1. April 2007 vom Land NRW geplante Erhöhung der Aufwandsentschädigung.

Fraktionsvorsitzender Dönnebrink (SPD-Fraktion) beantragt die umgehende Einführung und Umsetzung des Ratsinformationssystems für alle Ratsmitglieder und die Ausrüstung mit der erforderlichen Hardware. Zur Begründung führt er aus, dass eine geordnete Aufgabenerfüllung in der Ratsarbeit ohne Ratsinformationssystem nicht mehr möglich sei. Bürgermeister Büter erläutert, dass sich das Ratsinformationssystem SESSION derzeit in der letzten Aufbauphase befinde. In den Fraktionsräumen sei das System bereits einsatzbereit. Bis zum Sommer diesen Jahres solle auch das Bürgerinformationssystem über das Internetangebot der Stadt Ahaus freigeschaltet werden. Anschließend und nach Klärung von erforderlichen Sicherheitsaspekten könne auch das Ratsinformationssystem für die Ratsmitglieder aktiviert werden. Dies soll spätestens bis zum Ende des 1. Quartals 2008 realisiert sein. Für die Ausrüstung der Ratsmitglieder mit Hardware gebe es in der Verwaltung bereits umfangreiche Vorüberlegungen. Dabei seien verschiedene Alternativmodelle vorstellbar. Der Rat werde über die Ergebnisse frühzeitig informiert.

Nicht möglich sei allerdings, dass detaillierte Haushalts- und Kasseninformationen über das Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt werden könnten, da dort ausschließlich Sitzungsdokumente für zurückliegende bzw. unmittelbar bevorstehende Sitzungen eingepflegt werden können. Auf Anregung des Fraktionsvorsitzenden Vortkamp (CDU-Fraktion) könnten zukünftig durch die Pflichtangabe der Produktgruppe unter dem Unterpunkt „Finanzielle Auswirkungen“ in Sitzungsvorlagen eine gezielte Recherche finanzieller Auswirkungen über das Ratsinformationssystem ermöglicht werden.

Budget 01.02 Innere Verwaltung – Verwaltungsführung (Seiten 111 – 114)

Die SPD-Fraktion beantragt die Einführung eines Tages des Ehrenamtes für alle ehrenamtlichen Bereiche. Verwaltungsvorstand Kühlkamp führt hierzu aus, dass es, ausgehend von den Erfahrungen der letzten Jahren, sehr schwierig sei, eine gerechte Form der Ehrung und der Auswahl der zu ehrenden Personen gewährleisten zu können. Er schlage daher vor, dass die Verwaltung zunächst ein Konzept ausarbeite, welches anschließend gemeinsam mit den Fraktionen beraten und beschlossen werden solle. Diese Lösung wird übereinstimmend befürwortet.

Budget 01.04 Innere Verwaltung – Zentrale Dienste und Organisation (Seiten 115 – 120)

Fraktionsvorsitzender Dönnebrink (SPD-Fraktion) beantragt, dass die Verwaltung prüfen möge, inwieweit die Möglichkeit einer zentralen Beschaffung von Materialien zusammen mit den A-Gemeinden bzw. mit den umliegenden Städten möglich sei. Erster Beigeordneter Althoff erläutert hier, dass gemeinsame Ausschreibungen bereits in vielen Bereichen erfolgreich durchgeführt würden. Den Antrag werde die Verwaltung jedoch gern als Anregung für weitere gemeinsame Abstimmungen nehmen.

Budget 01.09 Innere Verwaltung – EDV (Seiten 139 – 144)

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) fragt nach, ob die Verwaltung eine Ausweitung der digitalen Korrespondenz zwischen Bürger und Verwaltung plane. Bürgermeister Büter führt hierzu aus, dass sich eine Arbeitsgruppe der Verwaltung unter Federführung des Büros des Bürgermeisters und der ADV intensiv mit der Neugestaltung des städtischen Internet-Auftritts beschäftige. Neben der inhaltlichen Gewichtung sollen insbesondere die Barrierefreiheit und die Ausdehnung der digitalen Dienste verstärkt Berücksichtigung finden.

Budget 01.10 Innere Verwaltung – Immobilienwirtschaft (Seiten 145 – 150)

Ratsherr Kersting (UWG-Fraktion) fragt nach, ob die Erneuerungsmaßnahme „Neubau einer Dieseltankanlage für den Bauhof und die Feuer- und Rettungswache“ unter Berücksichtigung der Tatsache, dass in unmittelbarer Nähe zwei große Tankstellen betrieben werden, wirtschaftlich geprüft worden sei. Erster Beigeordneter Althoff berichtet, dass durch die deutlich günstigeren Einkaufskonditionen für Treibstoff und durch den messbaren Zeitvorteil bei der Betankung auf eigenem Gelände deutliche Preisvorteile erwirtschaftet werden können. Nach kurzer Beratung wird einvernehmlich vereinbart, dass die Verwaltung dem Rat kurzfristig eine Wirtschaftlichkeitsanalyse nach Kapitalwertmethode vorlegen wird.

Ratsherr Nünning (CDU-Fraktion) erkundigt sich nach den Planungen für eine Toilettenanlage in der Innenstadt. Erster Beigeordneter Althoff erläutert, dass verschiedene Alternativen berechnet worden seien. Eine vollautomatisch selbstreinigende Toilettenanlage würde gegenüber einer konventionellen Bauweise deutlich höhere Investitionskosten verursachen. Die geplante konventionelle Toilettenanlage solle zweimal wöchentlich gereinigt werden. Für die CDU-Fraktion erklärt Ratsherr Mensing, dass eine saubere WC-Anlage ein wichtiges Aushängeschild für die Innenstadt sei. Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) bittet die Verwaltung deshalb, beide Alternativen detailliert gegenüberzustellen und dem Rat zusammen mit einem Vergabevorschlag vorzulegen.

Die Sitzung wird um 21.30 Uhr auf Wunsch der Ausschussmitglieder für 10 Minuten unterbrochen. Um 21.40 Uhr wird die Sitzung fortgesetzt.

Budget 04.01 Kultur – Kulturelle Angebote und Einrichtungen (Seiten 183 – 188)

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) fragt an, ob es bereits konkrete Ergebnisse aus den Gesprächen mit dem Kreis Borken über die Umnutzung von Räumen im Schloss Ahaus gebe. Hierbei sollte auch eine Unterbringungsmöglichkeit für den Heimatverein Ahaus im Ahauser Schloss berücksichtigt werden.

Verwaltungsvorstand Kühlkamp erklärt, dass in den Gesprächen mit dem Kreis Borken mittlerweile deutliche Fortschritte und erste konkrete Übereinkünfte erzielt werden konnten. Ziel bleibe eine deutlich intensivere Nutzung des Schlosses. Dabei sei grundsätzlich auch eine Unterbringung des Heimatvereins im Schloss denkbar. Dies werde Gegenstand weiterer Überlegungen sein.

Budget 04.02 Kultur – Musikschule (Seiten 191 – 194)

Fraktionsvorsitzender Homann (UWG-Fraktion) erkundigt sich nach dem Grund für die dargestellte Erhöhung Privatrechtlichen Leistungsentgelte bis zum Jahr 2010. Verwaltungsvorstand Kühlkamp erläutert, dass der demographische Wandel auch vor der Musikschule keinen Halt mache. Deshalb solle das Musikschulangebot noch stärker nachfrageorientiert und flexibler gestaltet werden. Hierdurch erhoffe man sich dann auch eine intensivere Nutzung, insbesondere auch durch Erwachsene.

Budget 04.03 Kultur – Stadtbücherei (Seiten 191 – 194)

Fraktionsvorsitzender Eisele (Bündnis 90 / Die Grünen) regt eine Ausweitung der Öffnungszeiten an der Stadtbücherei an. Dabei sollte insbesondere die Wiedereinführung eines Dienstleistungsabends geprüft werden. Verwaltungsvorstand gibt zu bedenken, dass die Ausweitung von Öffnungszeiten unmittelbar höhere Personalkosten verursache und damit das Gesamtergebnis verschlechtere. Es bedürfe daher einer genauen Bedarfs- und Wirtschaftlichkeitsanalyse, die dann im Fachausschuss beraten werden könne.

Budget 07.01 Gesundheitsdienste - Krankenhäuser (Seiten 223 – 226)

Erster Beigeordneter Althoff erläutert, dass ab dem Jahr 2007 die Städte und Gemeinden an den Investitionen des Landes NRW an den kommunalen Krankenhäusern nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz statt mit 20% mit 40% beteiligt werden. Konkret hat die Bezirksregierung Münster jetzt mitgeteilt, dass neben einer Nachforderung für das Jahr 2006 in Höhe von 29.644 € für das laufende Jahr Mehrkosten in Höhe von 63.456 € anfallen. Der Gesamtansatz des Budgets erhöht sich damit von 400.000 € auf 463.456 €.

Budget 09.02 Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen - Stadtentwicklungsplanung (Seiten 243 – 248)

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) fragt nach dem derzeitigen Planungsstand für das interkommunale Gewerbegebiet der Stadt Ahaus und der Gemeinde Legden an der Bundesautobahn A 31. Bürgermeister Büter erläutert, dass gegenwärtig die ersten Grundstücksverhandlungen durchgeführt werden. Die Gemeinde Legden betreibt gleichzeitig das Änderungsverfahren des Flächennutzungsplans. Die Stadt Ahaus übernimmt im Gegenzug in Abstimmung mit der Gemeinde Legden die erforderlichen Planungsarbeiten für die Aufstellung des Bebauungsplanes.

Budget 09.01 Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen – Vermessung, Geodatenamangement (Seiten 249 – 252)

Fraktionsvorsitzender Eisele (Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen) erkundigt sich nach der Möglichkeit, bei den baurechtlichen Verfahren über das städtische Internetangebot das Trackingverfahren (Informationen über den aktuellen Verfahrensstand) einzusetzen. Bürgermeister Büter erläutert, dass dies mit dem Softwarehersteller GEKOS geklärt würde.

Budget 11.01 Ver- und Entsorgung - Abfallwirtschaft (Seiten 265 – 268)

Fraktionsvorsitzender Eisele (Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen) bittet um Informationen über eine mögliche Stromeinspeisung des Zentralkläwerkes in das öffentliche Stromnetz. Erster Beigeordneter Althoff erläutert, dass zur Zeit eine Kosten-Nutzenanalyse erstellt werde.

Budget 12.01 Verkehrsflächen und –anlagen, ÖPNV – Öffentliche Verkehrsflächen (Seiten 283 – 296)

Fraktionsvorsitzender Dönnebrink (SPD-Fraktion) beantragt für seine Fraktion, dass im Rahmen der Erneuerung der Fußgängerzone folgende ergänzende Aufträge vergeben werden sollen:

- Neuverlegung des Pflasters auf dem Gehweg der Wallstraße
- Änderung der Anschlusspflasterung am Fahrradständer des Rathauses bis zur Straße „An der Synagoge“
- Neuverlegung des Pflasters auf dem zur Fußgängerzone gelegenen Gehweg der Königstraße (Bundesstraße 70)
- Fortführung der neuen Pflasterung zwischen dem Rathaus 1 und 2 bis zur Straße „Am Schlossgraben“
- Planung einer Neugestaltung des Parkplatzes hinter dem Rathaus 2

Die Gesamtkosten werden von der SPD-Fraktion auf ca. 257.000 € geschätzt. Sie sollen aus den erwarteten höheren Gewerbesteuererträgen gegenfinanziert werden.

Bürgermeister Büter erklärt, dass die Verwaltung aus Haushaltsgründen eine solche Auswei-

tung der Baumaßnahme nicht empfehle könne. Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) gibt zu bedenken, dass eine nicht klar abzugrenzende Ausweitung der Pflasterarbeiten im Randbereich der Fußgängerzone die Wahrscheinlichkeit weiterer Wünsche deutlich anhebe. Zudem habe es für den Bereich des Rathauses 2 und des dahinter liegenden Parkplatzes in der Vergangenheit bereits Planungen für eine umfangreiche Umgestaltung durch einen Investor gegeben. Da die Lage des Gebäudes durch die neue Fußgängerzone noch attraktiver geworden sei, ergebe sich zukünftig möglicherweise eine neue Möglichkeit einer attraktiveren Gestaltung. Daher müsse man von einer so hohen Investition für eine möglicherweise nicht dauerhafte Lösung warnen. Auch die FDP-Fraktion schließt sich dieser Auffassung an. Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen unterstützt dagegen den Antrag der SPD-Fraktion mit Ausnahme der Neugestaltung des Gehweges an der Königstraße.

Nach kurzer Beratung ändert die SPD-Fraktion ihren Antrag wie folgt ab:

- Neuverlegung des Pflasters auf dem Gehweg der Wallstraße
- Änderung der Anschlusspflasterung am Fahrradständer des Rathauses von Gebäudeabschluss zu Gebäudeabschluss
- Fortführung der neuen Pflasterung zwischen dem Rathaus 1 und 2 bis zur Höhe des letzten Rathauspfeilers

Die Verwaltung möge vor einer Entscheidung die dafür anfallenden Zusatzkosten ermitteln. Hierüber lässt Bürgermeister Büter abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

- 16 Ja-Stimmen
- 2 Nein-Stimmen

Damit ist der veränderte Antrag angenommen.

Darüber hinaus regt Fraktionsvorsitzender Dönnebrink (SPD-Fraktion) an, mit der Deutschen Bahn AG Kontakt aufzunehmen, um für alle Verkehrsteilnehmer eine dringend erforderliche Verbesserung des Bahnüberganges Heeker Straße zu erreichen. Bürgermeister Büter sichert eine zeitnahe Kontaktaufnahme mit der Deutschen Bahn AG zu.

Budget 12.02 Verkehrsflächen und –anlagen, ÖPNV – Verkehrsanlagen (Seiten 297 – 300)

Fraktionsvorsitzender Homann (UWG-Fraktion) erkundigt sich, ob entsprechend dem Ratsbeschluss vom 1. März 2005 Haushaltsmittel für die Umstellung von Signalanlagen auf stromsparende LED-Technik vorgesehen sind. Erster Beigeordneter Althoff erläutert, dass hierfür Haushaltsmittel in Höhe von 22.000 € eingeplant sind.

Budget 13.01 Natur- und Landschaftspflege – Öffentliches Grün (Seiten 305 – 310)

Fraktionsvorsitzender Dönnebrink (SPD-Fraktion) beantragt die Erweiterung und Wiederherstellung des Naherholungsgebietes Ork unter Einbeziehung der Bereiche „See- und Aussichtspunkt“ Stadtwerke und das Gebiet „Schweinesee“. Er erläutert, dass der Bau des Kombibades am jetzigen Standort des Wellenfreibades die Attraktivität des gesamten Areals deutlich steigern würde. Daher könne hier mit wenig Geld ein umfangreiches Naherholungsgebiet geschaffen werden. Verwaltungsvorstand Kühlkamp erläutert, dass hierzu, wie auch bereits in der Vergangenheit erfolgreich durchgeführt, eine Arbeitsgruppe der Verwaltung unter Beteiligung des Baubetriebshofes eingerichtet werde. Die detaillierten Ergebnisse würden dann im Jugendhilfeausschuss und im Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr vorgestellt und beraten. Hiermit erklärt sich der Ausschuss einverstanden.

Budget 13.04 Natur- und Landschaftspflege – Gewässer (Seiten 321 – 326)

Ratsherr Lambers (SPD-Fraktion) beantragt vor dem Hintergrund der Minderung des CO₂-Ausstosses, im Haushalt 2007 erneut ein Förderprogramm für Regenerative Energien mit

einem Volumen von 25.000 € einzustellen. Fraktionsvorsitzender Vortkamp (CDU-Fraktion) erklärt hierzu, dass es hier zur Zeit keine effizienten Verbesserungsmöglichkeiten durch eine zusätzliche kommunale Förderung gebe. Die Förderprogramme des Landes, des Bundes und der Kreditanstalt für Wiederaufbau zur Förderung regenerativer Energieformen werden zur Zeit noch ausgebaut. Es erscheine daher zweckmäßiger, die hier beantragten Haushaltsmittel anderweitig einzusetzen.

Bürgermeister Büter lässt über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

- 7 Ja-Stimmen
- 10 Nein-Stimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Anlagen - Stellenplan (Seiten 361 – 368)

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen hat beantragt, dass der Stellenplan auf die jeweiligen Produktbereiche aufgeschlüsselt werden solle. Hierzu hat die Verwaltung eine geänderte Tischvorlage vorbereitet. Der Ausschuss erklärt sich mit der ergänzten Darstellung einverstanden. Die Verwaltung wird diese Form bereits für den entgeltigen Haushalt 2007 sowie für alle folgenden Haushaltspläne vorsehen.

Zum Schluss lässt Bürgermeister Büter über den Entwurf der Haushaltssatzung 2007 und der dazugehörigen Anlagen unter Berücksichtigung der gegenüber dem Haushaltsplanentwurf in der Sitzung vorgelegten und beschlossenen Veränderungen abstimmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme der Haushaltssatzung 2007 in folgender Fassung:

Haushaltssatzung der Stadt Ahaus für das Haushaltsjahr 2007

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666), geändert durch Gesetz vom 03.05.2005 (GV. NRW. S. 498), hat der Rat der Stadt Ahaus mit Beschluss vom folgende Haushaltssatzung erlassen.

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2007, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Stadt Ahaus voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Ergebnisplan mit	
Gesamtbetrag der Erträge auf	64.148.055 €
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	64.404.141 €

im Finanzplan mit	
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	58.500.680 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	55.642.919 €

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit

und der Finanzierungstätigkeit auf **12.915.000 €**
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit
und der Finanzierungstätigkeit auf **18.250.450 €**
festgesetzt.

§ 2

Der **Gesamtbetrag der Kredite**, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf **4.000.000 €**
festgesetzt.

§ 3

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitions-
auszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf **10.385.000 €**
festgesetzt.

§ 4

Die **Verringerung der Ausgleichsrücklage** zum Ausgleich des Ergebnisplanes wird auf **256.086 €**
festgesetzt.

§ 5

Der **Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung** in Anspruch genommen wer-
den dürfen wird auf **3.000.000 €**
festgesetzt.

§ 6

Die **Steuersätze für die Gemeindesteuern** werden für das Haushaltsjahr 2007 wie folgt
festgesetzt:

- 1. Grundsteuer**
- 1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe
(Grundsteuer A) auf **192 v.H.**
- 1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B) **381 v.H.**
- 2. Gewerbesteuer** auf **403 v.H.**

§ 7

(Haushaltssicherungskonzept) entfällt

§ 8

Die Zuständigkeit des Stadtkämmerers für die Genehmigung von **überplanmäßigen und
außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen** gemäß § 83 GO wird wie folgt
festgelegt:

1. im Einzelfall bis **15.000 €**
2. bei Aufwendungen und Auszahlungen, die auf gesetzlicher oder
vertraglicher Grundlage beruhen, bis **50.000 €**

3. bei Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen sowie Aufwendungen die sich auf den Jahresabschluss beziehen, in **unbegrenzter Höhe.**

Bei Überschreitung der Beträge zu Nr. 1 und 2 ist die vorherige Zustimmung des Rates erforderlich.

Für die Genehmigung von **überplanmäßigen und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen** gemäß § 85 GO gilt diese Regelung entsprechend.

Abstimmungsergebnis:

- 10 Ja-Stimmen
- 6 Nein-Stimmen

Felix Büter
(Bürgermeister)

Werner Leuker
(Schriftführer)